

Klaus Harpprecht

Die SPD Willy Brandts – Gibt es sie noch?

Von der Wahnniederlage zwar gezeichnet, sollte sich die SPD aber nicht von der Linkspartei unter Druck setzen lassen. Zu vieles spricht derzeit noch gegen eine Allianz, aber nicht gegen pragmatisches punktuelles Zusammenwirken.

Klaus Harpprecht

(* 1927) ist Mitherausgeber der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, war Redenschreiber und Berater von Willy Brandt.

Er ist seit langem als Journalist für zahlreiche Zeitungen tätig und seit 2007 Mitherausgeber der *Anderen Bibliothek*. Zuletzt erschienen: seine Biografie über Marion Gräfin Dönhoff.



Vielleicht lag's an Willy? Vielleicht strahlt die Statue im Generalquartier der Partei, das seinen Namen trägt, die bedrückende Stimmung aus, die man im Englischen *bad vibrations* nennt – schwere Gedanken, Zweifel, Melancholie, beinahe Resignation? Wie soll das Führungspersonal der SPD aus diesem verstörenden Anblick den Mut und die Energien schöpfen, die es braucht, um kraftvoll zu regieren, vor allem: um die Stimmen der Bürger zu gewinnen! Natürlich gab's den zweifelnden und schwermütigen Brandt. Das hat der Künstler sensibel übersetzt. Aber dank seiner Melancholien ist noch keiner Vorsitzender der Partei geworden (und es fast ein Vierteljahrhundert geblieben) – und schon gar nicht Bundeskanzler. Das verlangte Kraft, einen im Kern eisernen Willen, Courage, Entschlossenheit, ein dickes Ego, ein – wenngleich gezähmtes – Machtbewusstsein, das sich so leicht nicht brechen ließ. Im Foyer des Willy Brandt-Hauses sollte kein strotzender Heros stehen, aber eine Gestalt, die dem Kämpfer W.B. gerecht wird. Ein Bild, das Mut macht.

Willy Brandt ließ sich einst nur widerstrebend von der Notwendigkeit der Großen Koalition überzeugen, und er beugte sich zunächst ungern der Einsicht, dass er die Ämter des Außenministers und Vizekanzlers zu übernehmen hatte. Als der Ent-

schluss gefasst war, dachte er nicht daran, sich bei den Genossen für das Bündnis mit den Christdemokraten zu entschuldigen. Er nutzte die Chance offensiv – für die Expansion der politischen Vernunft und für die Eroberung des Kanzleramtes. Die Parteilinke motzte auch damals. Eine Gruppe von Jusos, die ihn mit ihren Litaneien nervte, servierte er heiter mit der Bemerkung ab, er wäre ja auch ganz gern Sozialist, wenn er nur wüsste, was das sei.

Die Partei Willy Brandts hätte vom Beginn der zweiten Großen Koalition an bis zum Wahlkampf-Finale unverdrossen verkündet: *Wir* regieren – dank unserer Ministerinnen und Minister kann Frau Merkel eine gute Kanzlerin sein. Wen hatte die Union – vor der Ankunft des talentierten Guttenberg – denn zu bieten außer dem erfahrenen Schäuble und Frau von der Leyen, die klug genug war, ihrem Ressort ein sozialdemokratisches Gepräge zu geben?

Große Koalition – Glücksfall in der Krise

Die Große Koalition war in der Tat eine gute Regierung, die vieles zuwege gebracht hat (für das sich das Berliner Journalisten-Corps nicht interessierte). Vor allem ihr Krisen-Management war rasch, mutig. Peer Steinbrück leistete brillante Arbeit, in geräuschloser Partnerschaft mit der Kanzlerin. Er wird, kein Zweifel, in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland als einer der großen Finanzminister verzeichnet. Die Bürger und zumal die Sozialdemokraten schulden ihm Dank. Ein Rätsel, warum

ausgerechnet er – durch den Verzicht auf alle Parteiämter – sich selber zum Sündenbock für das Wahldebakel ernannte. Es bleibt trotzdem wahr, dass sich die Große Koalition im Chaos der Krise als ein Glücksfall erwies. Gerade darum: Es muss in der Partei darüber gesprochen werden, warum die SPD den Anspruch auf die »Mitte« so widerstandslos der CDU-Vorsitzenden überließ, ohne einen Schimmer der Erinnerung an Willy Brandts »Neue Mitte« (die von Schröder unter anderen Vorzeichen wieder belebt wurde). Mit anderen Worten: die Einsicht, dass Wahlen niemals an den Flügeln, sondern stets in der »Mitte« gewonnen werden. Es gibt, so bitter uns das schmecken mag, keine »linke Mehrheit« in Deutschland.

Eine Brandt-SPD würde sich, was die Wahlniederlage angeht, von der »Linken« nicht unter Druck setzen lassen. Die Thüringer Genossen, die sich für eine Koalition mit der CDU entschieden, handelten vernünftig und couragiert. Die Brandt-Partei würde in der Tat mit ruhigem Selbstbewusstsein beobachten, wie sich Gysi, Lafontaine und Co. als links-linke Opposition aufführen werden. Keine Einschüchterung! Die SPD hat eine Wahl verloren – Gysi und die SED-Erben haben einen Staat in den Sand gesetzt. Sie tragen die Mitverantwortung für eine Misswirtschaft, deren Folgen sich durch einen historisch beispiellosen Finanztransfer von West nach Ost bis heute nicht völlig korrigieren ließen. Die »Linke« sollte eben darum das Maul nicht zu weit aufreißen.

Zwischen Guido und Gysi

Der Anfang ihres Oppositionsgetümmels war nicht das, was man verheißungsvoll nennen könnte. Bei einem Presseauftritt am Montag nach dem sozialdemokratischen Fiasko legte Gregor Gysi Metall in die Stimme: Harschen Tones verlangte er von der SPD, sie möge sich nun endlich zur »Lin-

ken« öffnen, und vor allem müsse sie wieder eine sozialdemokratische Partei werden.

Leider sagte ihm niemand ins Gesicht, dass er – verwöhnter Ziehsohn der zwangsvereinigten »Sozialistischen Einheitspartei«, der er war – an die SPD und ihr Selbstverständnis keine Forderungen zu stellen hat. Mit seiner monströsen Taktlosigkeit bestätigte der Trommler nur, was die sozialdemokratischen Skeptiker ohnehin wussten: dass über eine Allianz mit der »Linken« erst seriös zu sprechen ist, wenn sich das heutige Führungstrio der »Spalterpartei« (Anleihe beim SED-Jargon) aus den Vorstandsämtern zurückzieht. Wie tief Gysi in das ancien régime der DDR verstrickt war, hatte der *Spiegel* eine Woche vor der Wahl noch einmal ins Bewusstsein gerückt. Überdies blieb der letzte Vorsitzende der SED den Bürgern der DDR eine exakte Rechenschaft über die Wanderungen des Milliardenvermögens der Einheitspartei schuldig. Die freie DDR erbt bloß einige Brocken des roten Goldes, und auch die Bundesbehörden konnten die Hand nur auf einen Teil legen. Wo ist der Rest? Gysi hat sich gewiss nicht bereichert. Aber seine PDS?

Auch der Biedermann Bisky – lange Jahre von der eigenen Frau im Dienst der Stasi ausgespäht, ein Geschick, das auf andere Weise auch seinen Söhnen widerfuhr –, hätte Anlass genug, sich mit der Realität des Spitzelstaates, dem er mit Eifer und gelegentlich in geduckter Haltung gedient hat, wahrhaftiger zu konfrontieren, als er es in seinem autobiografischen Bericht versuchte.

Über Lafontaine ist unter Sozialdemokraten, die dem Geist Willy Brandts die Treue halten, ohnedies kaum ein Wort zu verlieren. Er galt einst – um nur dies zu erwähnen – als ein überzeugter Europäer und vor allem als ein loyaler Nachbar Frankreichs, das er nicht nur seiner genialen Köche und seiner köstlichen Weine wegen zu schätzen schien. Trotzdem brachte er es übers Gewissen, gegen den Vertrag von

Lissabon zu stimmen, der für geraume Zeit eine europäische Verfassung ersetzen muss.

Damit sind wir beim Kern der sachlichen Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, ehe die »Linke« als ein Gesprächspartner betrachtet wird, mit dem eine Kooperation auch im Bund möglich wäre: Erstens: Revision ihres Votums zum Lissabon-Vertrag und vorbehaltlose Mitarbeit am Ausbau der Europäischen Union. Zweitens: Revision ihres *Neins* zur Atlantischen Allianz, Bestätigung der Pflichten, die von der Bundesrepublik im Bündnis übernommen wurden, Anerkennung der besonderen Beziehung zu den USA und zu Israel. Schließlich: ein klares *Ja* zur Zugehörigkeit Deutschlands zur westlichen Welt, die nun erst an der Ostgrenze Polens endet.

Im Alltag der Opposition sollten die Möglichkeiten eines gelegentlichen Zusammenwirkens pragmatisch wahrgenom-

men werden. Guido Westerwelle wird sich unter dem wohlthätigen Einfluss seines Ziehvaters Genscher und dem Zwang der Geschichte zum Europäer entwickeln.

Der agile Taktiker konnte am 27. September nur reüssieren, weil sich die CDU in der Krise wieder als die Sozialpartei ihrer Anfänge entdeckte. Es war überdies sein Glück, dass die einstige Kumpane mit dem windigen Möllemann von den gedächtnislosen Medien vergessen wurde. Der Einzug Westerwelles ins Auswärtige Amt hat freilich den einen, unschätzbaren Vorteil: Er bleibt der Finanz- und Wirtschaftspolitik fern. Zur Krise war ihm rein gar nichts eingefallen, außer seiner Litanei von der Steuersenkung. Für wen? Wie viel? Und wenn ja: wann? In diesen Fragen deutet sich an, wo eine vitale sozialdemokratische Opposition den Hebel anzusetzen hat – unter anderem.

Analyse:

Michael Bröning

Domino in der Achterbahn

Obamas Neuansatz im Mittleren Osten: mutig, richtig – und vom Scheitern bedroht

Anlässlich des Amtsantritts von Barack Obama wandte sich die einflussreiche Fachzeitschrift Foreign Affairs im Januar mit einer Warnung an den neuen Präsidenten: US-Engagement im Mittleren Osten sei für neue Amtsinhaber im Weißen Haus »die schlimmste Art von notwendigem Übel« – »zugleich sehr notwendig und sehr übel«. Doch Obamas Vorgehen eröffnet auch neue Optionen – wenngleich mit ungewissem Ausgang.

Michael Bröning

(* 1976) leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Ost-Jerusalem.

michael@fespal.org



Zu vielschichtig scheinen die Probleme, zu groß das Risiko eines Scheiterns. Dies gerade auch, weil schon zu Beginn einer Amtszeit in erfolglosen nahöstlichen Kabalen verspieltes politisches Kapital nur schwer zurück zu gewinnen ist.

Vor diesem Hintergrund überraschte der neu gewählte starke Mann in Washing-